

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshof, Rierspe, Rierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, OHL, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 88

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto —

Halver
Montag, den 14. April

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitungchen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, — „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“. —

1930

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Reichstag nahm den Antrag der Regierungsparteien, der die Verkopplung der Agrargesetze mit den Steuergesetzen forderte, mit 217 gegen 205 Stimmen an. Damit ist die drohende Reichstagsauflösung vermieden worden.

* Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei ist zum 1. Mai einberufen worden.

* In Riga brannte ein einer russischen Handelsgesellschaft gehörender Flachsspeicher nieder. Der Schaden soll sieben Millionen Mark betragen. Zwei Feuerwehrleute fanden den Tod in den Flammen.

Änderung der Tabakbesteuerung

wird in namentlicher Abstimmung mit 241 gegen 184 Stimmen angenommen.

In einfacher Abstimmung wurde dann auch die Änderung der Zuckersteuer beschlossen.

Hierauf wurde in namentlicher Abstimmung mit 215 : 208 Stimmen

das Biersteuerverkompromiß

der Regierungsparteien angenommen. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten, die Nationalsozialisten und verschiedene Deutschnationale.

Die Erhöhung der Umsatzsteuer

von 0,75 auf 0,85 Prozent wurde mit 220 : 204 Stimmen angenommen.

Die Warenhaussteuer in der vom Ausschuss abgelehnten Fassung der Regierungsparteien wurde mit 214 : 204 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Bei beiden Abstimmungen stimmte der Zentrumsausschuss mit der Opposition, während Minister Dr. Stegerwald mit Ja stimmte.

Die Vorlage zur Änderung des Branntweinmonopols wurde nach Ablehnung deutschnationaler Änderungsanträge angenommen.

Ein kommunistischer Antrag auf Ablehnung der Mineralwassersteuer wurde in namentlicher Abstimmung mit 213 gegen 204 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen abgelehnt. (Wut-Rufe bei den Kommunisten.) Nach Ablehnung weiterer Änderungsanträge wurde die Mineralwassersteuer in der Kompromißfassung der Regierungsparteien angenommen.

Die Aufbringungsumlage

wurde angenommen. Der dazu von den Sozialdemokraten gestellte Antrag auf Erhebung eines Notopfers durch Einkommensteuergesetz auf Einkommen über 8000 Mark wurde mit 229 gegen 187 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen abgelehnt. Für den Antrag stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und der Zentrumsausschuss.

Es folgte dann der zwischen vom Ausschuss eingereichte Entwurf zur Vorbereitung der Finanzreform, der auch die Sanierung der Arbeitslosenversicherung enthielt. Die Abstimmung über die Kompromißfassung der Regierungsparteien, in der der Beitrag von 3 1/2 Prozent beibehalten wird, blieb zunächst zweifelhaft, da die Deutschnationalen sich der Stimme enthielten. Im Himmelfest stimmten aber die meisten Deutschnationalen mit den Regierungsparteien, so daß § 1 der Kompromißvorlage mit 213 gegen 186 Stimmen angenommen ist.

§ 2, der den Vorstand der Reichsanstalt zu Reformvorschlägen ermächtigt, wurde mit 243 gegen 185 Stimmen angenommen, der Rest der Vorlage in einfacher Abstimmung gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und eine Minderheit der Deutschnationalen.

Vizepräsident Esser teilt mit, daß der Reichskanzler noch heute die Abstimmung über das von den Kommunisten

gegen das Kabinett eingebrachte Mißtrauensvotum wünscht. Bei der namentlichen Abstimmung über den Mißtrauensantrag stimmten die Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten geschlossen mit Ja, bei den Deutschnationalen stimmten der Parteivorstand Hugenberg und einige andere Mitglieder mit Ja, die übrigen mit Nein. Der Mißtrauensantrag wurde mit 222 gegen 203 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Darauf vertagte sich das Haus auf Montag. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der Dedungsvorlagen.

Wie sie abstimmten.

Von der deutschnationalen Fraktion stimmten 31 Abgeordnete für den Zusammengehörigkeitsantrag von Agrar- und Steuergesetzen, 23 dagegen, 6 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Für den Antrag stimmten u. a. die Abgeordneten Bazzile, von Dröbner, von Lettow-Vorbeck, von Richthofen, Schulz-Bromberg, Wallraf, Graf Westarp; dagegen Dr. Bang, Dr. Everling, von Freytag-Loringhoven, Graf Thüringen, Dr. Hugenberg, Laberenz, Oberhagen, Quack und Dr. Spahn; nicht beteiligt haben sich an der Abstimmung u. a. Dr. Fergt und Koch-Düsseldorf.

Von den Sozialdemokraten fehlten 16 Abgeordnete bei der Abstimmung, acht waren wegen Krankheit entschuldigt, acht fehlten aus anderen Gründen.

Nach vier Monaten.

Am 12. April sind es gerade vier Monate, daß man sich im Reichstag um die Steuer- und Finanzregelung herumtreibt. Vier Monate — aber ein endgültiger Beschluß kam nicht zustande. Die Parteien stritten sich, lehnten ab, was ihnen vorgeschlagen wurde, sagten immer nur „Nein!“ zu dem, was der Reichsfinanzminister ihnen empfahl, so sehr, daß sogar in den Beratungen des Haushaltsausschusses des Reichstages fast sämtliche Gesetzentwürfe niedergestimmt wurden, die von der Regierung eingebracht worden waren. Und das Kabinett gab nach, unterhandelte und verhandelte mit den Parteien, die natürlich ihre Sonderwünsche vorbrachten, die erklärten, sie seien nicht für diesen Vorschlag, könnten ihren Wählern jene Steuererhöhung nicht verantworten — bis der Reichskanzler zu Beginn der Reichstagsöffnung am 12. April erklärte, daß diese verschiedenen Standpunkte der Parteien ihn weiter nicht interessierten, sondern er verlangen müsse, daß die Parteien nun zum Finanz- und zum Agrarpro-

Reichstagsauflösung vermieden

Brüning siegt mit 12 Stimmen.

Reichstag für Agrar- und Steuervorlagen.

CB. Berlin, 12. April.

Zerrissen von Parteilagen und Sonderinteressen, bot der deutsche Parlamentarismus in letzter Zeit wirklich mehr als einmal die Zeichen des Verfalls, des Niederganges. Mit Behmut gedachten ältere Zeitgenossen nicht mit Unrecht jener Tage, in denen von der Rednertribüne des Reichstages die historischen Gestalten eines Bismarck, eines Windthorst oder sonst eines der hervorragenden damaligen Kämpen um Wohl und Wehe des deutschen Gemeinwesens rangen und als Exponenten eines aufstrebenden Volkes das Bild gewaltiger ästhetischer und kultureller Wertmessung boten.

Erinnerungen ändern nichts am Lauf der Tatsachen. Heute lebt das Reich in anderer Situation, andere Probleme rufen zur Lösung. Da ist es immerhin für den Chronisten eine Genugtuung, wenn er konstatieren kann, daß auch jetzt noch im Volkshaus eine Stunde haben kann, die in ihrer dramatischen Spannung auf Höhepunkte führt, deren Vorhandensein man schon im Schoß ewiger Vergessenheit begraben wähnte. Als Reichskanzler Dr. Brüning die Verbundenheit der Finanzreform und der Agrarangelegenheiten zu einem Ganzen sich zu eigen machte und das Haus vor die Frage nach dem „Entweder — Oder“ stellte, als der Sprecher der Sozialdemokratie sein Anathema gegen das Kabinett schleuderte, als die stärkste Erregung die Reihen der Abgeordneten durchlief, wurde mit einem Schlage die Bedeutung des Augenblicks klar, erhob das Parlament auf ein Niveau, das turmhoch aus der Alltäglichkeit hervorragte. Die alsbaldige Abstimmung ließ nichts an fast sensationeller Anhaltsschwere vermissen. Die Deutschnationalen vermodern das oft bekundete, von dem früheren Reichsminister Dr. Fergt noch einmal umrissene Mißtrauen wegen der Räumlichkeiten der Landwirtschaft nicht ganz von sich zu werfen. Sie spalteten sich und so drang die Kundgebung für die Regierungspläne nur mit knapper Mehrheit durch. Den 217 Ja widersprachen 205 Nein. Brüning hatte gesiegt mit zwölf Stimmen. Wird ihm das Glück weiter lächeln?

Mit dieser Entscheidung war der Brennpunkt für heute überschritten. Die nachfolgenden Einzelberatungen der Steuergesetze brachten gegenüber dem Bekanntem nichts wesentlich Neues mehr.

Sitzungsbericht.

(160. Sitzung.)

CB. Berlin, 12. April.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Abg. Stöcker (Komm.), daß das Kabinett Brüning habe in den zwei Wochen seines Amtierens die arbeiterfeindliche Steuer- und Zollpolitik des Kabinetts Müller derart konsequent fortgesetzt, daß die Kommunisten erneut einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett eingebracht hätten. Der Antrag wird mit der weiteren Beratung der Dedungsvorlagen und der Agrargesetze verbunden.

Reichskanzler Dr. Brüning.

Der Kanzler erinnert zunächst an die Regierungserklärung, in der die Erledigung der Finanzgesetze noch vor Ostern als dringlich bezeichnet und die Durchführung von Notmaßnahmen zur Rettung der Landwirtschaft im Osten angekündigt wurde.

Unter Führung der Reichsregierung haben die hinter der Regierung stehenden Parteien einen Antrag eingebracht, wonach das Gesetz zum Schutz der Landwirtschaft nicht in Kraft treten kann, ohne gleichzeitige Bewilligung der dem Reichstag unterbreiteten Dedungsvorlagen. Die Reichsregierung sieht in dem Antrag die notwendigen und ausreichenden Voraussetzungen, die gestellten Aufgaben zu lösen. Sämtliche Entscheidungen, vor denen der Reichstag heute steht, bilden ein untrennbares Ganzes. Ohne Sanierung der Reichskasse können die unbedingt gebotenen Notmaßnahmen für die Landwirtschaft nicht durchgeführt werden. Die Reichsregierung kann die Verantwortung nicht übernehmen, wenn nicht schon in der zweiten Lesung entsprechende Sicherheiten gegeben werden. Diesen Gedanken bringt der vorliegende neue Antrag zum Ausdruck. Wird er abgelehnt oder wird nachher in den einzelnen Abstimmungen das Dedungsprogramm in seinen finanziellen Entwürfen geschnitten, so wird die Reichsregierung noch am heutigen Tage die notwendigen Entscheidungen herbeiführen. Versagt das hohe Haus die Mithilfe, so wird die Reichsregierung das, was für die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes erforderlich ist, auf anderem Wege durchsetzen.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Das Kabinett Brüning ist vor vierzehn Tagen gebildet worden. Heute steht es vor dem moralischen Bankrott. Die Absicht bei der Zusammenstellung dieses Kabinetts war, durch die Hereinnahme der Herren Schiele und Trebians die deutschnationale Fraktion zu sprengen und die Partei Hugenberg zu zerpfählen. Tatsache ist, daß diese Absicht nicht gelungen ist. Das Kabinett war genötigt, sich unter den Willen der Deutschnationalen Partei zu beugen. Es begann ein wildes Schachergespiel, das den Reichstag zu einer Börse herabgewürdigt hat. (Lärm bei den Regierungsparteien.) Wir haben keine Veranlassung, dem Kabinett Brüning aus den selbstgeschaffenen Verlegenheiten zu helfen. Deshalb lehnen wir den Antrag der Regierungsparteien ab. Fällt dieser Antrag, so werden wir nach der Reichstagsauflösung den Wahlkampf für die Erhaltung der Sozialpolitik, gegen den großagrarisches Übermut, für die finanzielle Sanierung, für die demokratische Republik.

Abg. Esser (Ztr.): Meine Partei hat keine Veranlassung, die Entscheidung auch nur um eine Minute zu verzögern. Sie beantragt daher, den Antrag der Regierungsparteien sofort zur Abstimmung zu stellen. Das Zentrum hat dringend die Lösung auf parlamentarischem Wege gewünscht. Wenn Reichskanzler Dr. Brüning fast bis zur Selbstaufopferung sich bemüht habe, die Lösung zu suchen, so mutet es seltsam an, daß der Abg. Breitscheid, der die Regierung beschwor, nicht mit dem Artikel 48 zu spielen, heute dem Reichskanzler Brüning daraus einen Vorwurf macht. Das Zentrum wird der Entscheidung nicht ausweichen in der festen Überzeugung, daß das deutsche Volk das richtige Urteil fällen wird.

Abg. Torgler (Komm.) nennt den Antrag den ungeheuersten Erpressungsversuch, der je als im Reichstag auf Kosten der Arbeiterklasse gemacht worden sei.

Abg. Koch (Soz.): Die Demokraten haben den Wunsch gehabt, auch die Sozialdemokraten zur Regierungsbildung heranzuziehen, um eine stetige Regierung zu sichern. Wenn die Sozialdemokraten jetzt den anderen Parteien die Schuld an der Sprengung der Großen Koalition zuschieben, so muß dagegen aufs schärfste protestiert werden.

Abg. Stöcker (Nat.-Soz.) stellt in einer verlesenen Erklärung fest, die Regierung unternehme im Auftrage der internationalen Hochfinanz den ernsthaften Versuch, durch untragbare Lasten in Form von Verbrauchssteuern dem Young-Plan zur Durchführung zu verhelfen. Die Partei des Herrn Dr. Hugenberg und die Christlich-nationale Bauernpartei hätten in historischer Stunde erneut materielle Erwägungen den nationalpolitischen Interessen vorangestellt. Seine Freunde lehnten die Steuergesetze geschlossen ab. Sie würden der auf Täuschung berechneten Verbindung zwischen Steuervorlagen und Agrarprogramm nicht zustimmen und dem Gesetzgebungsversuch im ganzen ihre Zustimmung versagen.

Inzwischen ist eine Entschließung der Regierungsparteien eingegangen, die einen Gesetzentwurf über eine wirksame Hilfe für den Osten verlangt.

Deutschnationaler Vorbehalt.

Abg. Fergt (Dtn.) verweist auf die von den Regierungsparteien vorgelegte Entschließung über das Ostprogramm und stellt fest, daß seine Partei heute morgen der Regierung vorgeschlagen habe, einem Zusatzantrag zum Viersteuergesetz zuzustimmen, wonach die Viersteuerverhöhung am 1. August außer Kraft tritt, wenn bis dahin nicht die Hilfsaktion für den Osten mit einem Betrage von 200 Millionen Mark sichergestellt ist.

Zu seinem größten Bedauern habe die Reichsregierung dem Antrag bisher nicht zugestimmt. Eine Stellungnahme im Sinne dieser Forderung könnte von Bedeutung sein.

Reichsfinanzminister Dr. Mollenhauer

erwidert namens der Reichsregierung, daß diese nicht in der Lage sei, diesem Antrag zuzustimmen. Wir können die Durchführung der Kassenanierung, fährt der Minister fort, nicht davon abhängig machen, daß irgendein anderes Gesetz oder eine Maßnahme bis zu einem bestimmten Zeitpunkt durchgeführt wird. Wir können ebensowenig in diesem Augenblick auf Heller und Pfennig die Beträge nennen, die für die Osthilfe zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die Reichsregierung hat sich klar und deutlich zur Osthilfe bekannt. Die Gesetze sind in Vorbereitung. Es werden alle verfügbaren Mittel flüssig gemacht werden, um diese Hilfe wirksam durchzuführen. Entweder hat man das Vertrauen zur Regierung, daß sie die ihr gestellten Aufgaben durchführt, dann bedarf es keiner besonderen Sicherung, oder man hat das Vertrauen nicht, dann kann man das in der Abstimmung zum Ausdruck bringen.

Abg. Böhrich (Christlich-nationale Bauernpartei): Meine Partei stimmt wegen der Not des Volkes und des deutschen Bauernlandes den Agrargesetzen und den Dedungsvorlagen zu.

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.): Niemand hat Veranlassung, an dem ersten Willen der Regierungsparteien zu zweifeln, die Not des Ostens mit allen verfügbaren Mitteln zu beheben.

Die Abstimmung.

Nun beginnt die namentliche Abstimmung über den Antrag der Regierungsparteien, nach dem Finanz- und Agrargesetze gleichzeitig in Kraft treten sollen. Für den Antrag stimmten die Regierungsparteien und ein Teil der Deutschnationalen; die anderen Parteien und der Rest der Deutschnationalen stimmten dagegen. Der Antrag wird mit 217 gegen 205 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Auf Wunsch aus dem Hause wird nach der Abstimmung die Sitzung auf einige Zeit unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird

die Einzelberatung der Agrar- und Steuergesetze fortgesetzt.

Abg. Buntz (Komm.) erklärt zu den Agrarvorlagen, diese nützen nur den Grundbesitzern, keineswegs aber den kleineren Bauern.

Abg. Tarnow (Soz.) sagt, die Sozialdemokraten seien bereit, der Not der Landwirtschaft zu steuern, aber die Verbraucherkreise und die allgemeine Volkswirtschaft dürften nicht leiden wie bei den jetzt vorgeschlagenen Zollgesetzen.

Abg. Hörnle (Komm.) greift die Sozialdemokraten scharf an.

Abg. Bientke (Komm.) bekämpft die Umsatzsteuer als Belastung der werktätigen Massen.

Abg. Reine (Soz.) verliest ein Telegramm des Reichsverbandes der Konsumvereine gegen die Umsatzsteuer.

Abg. Schröder-Merseburg (Komm.): Den Sozialdemokraten kommt es nur darauf an, die Abwanderung der Massen zu den Kommunisten zu verhindern.

Nunmehr beginnen die Abstimmungen.

Bei dem Gesetz über den

Benzin- und Benzolzoll

wird auf Antrag der Regierungsparteien mit 244 gegen 178 Stimmen bei acht Enthaltungen beschlossen, entgegen den Ausschlagsvorschlägen die Steuer auch auf Petroleum auszuheben. Das Gesetz wird im übrigen in zweiter Lesung angenommen.

Das Agrarprogramm

wird in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten sowie der Demokraten Lemmer und Künneburg in der Ausschussfassung angenommen. Die Entschärfungen des Ausschusses, welche die Regierung eruchen, im Falle der Erhöhung der Inzertsteuer für Ernährung diejenigen Zölle herabzusetzen, welche die Verteuerung verursacht haben, sowie ferner mit Belgien und Frankreich baldigst über die Beseitigung der Bindung des Hopfenzolls zu verhandeln, werden angenommen. Ferner findet zum Benzolgesetz eine Entschließung der Regierungsparteien Annahme, nach welcher die den Ländern aus dem Zollvertrag zu überweisenden

40 Millionen für Straßenbau und Straßenunterhaltung verwendet werden sollen. Das Gesetz über die Novelle über die

gramm Ja oder Nein sagen müßten. Und zwar deutlich und unmißverständlich.

Vier Monate — die deutsche Wirtschaft sprach ein Schlusßwort, der neue Reichsbankpräsident verwies darauf, daß das Reich keinen Kredit mehr hätte, wenn es nicht durch Annahme seiner Sanierungsgeetze dafür sorgen würde, daß es bezahlt, was es schuldig ist. Und die Landwirtschaft stand vor dem Ader, den sie jetzt pflügen soll — und wußte nicht, ob der Ertrag die Arbeit lohnen würde. Der Kaufmann in den kleinen und mittleren Städten harrete vergebens darauf, daß der Landwirt nicht bloß verkaufen, sondern auch kaufen würde. Wenn der Preis des Roggens, der Kartoffel nicht einmal den Friedensstand erreicht, dann wartet der Verkäufer vergeblich auf den Kunden. Man hat den Wert der landwirtschaftlichen Erzeugung in Deutschland auf etwa 12 bis 14 Milliarden geschätzt und daher spürt es die gesamte Volkswirtschaft, wenn der „Bauer kein Geld“ hat.

Das hat ja mit elementarer Wirkung sich auch im Reichstag ausgeprägt, in der Vertretung des deutschen Volkes. Es ging „auf Hauen und Stechen“. Wenn die Regierung die Sanierung der Finanzen durchsetzte, wenn sie nicht die Zustimmung dafür erhalten konnte, daß seit vier Monaten nun endlich einmal das Reich — und damit die gesamte Volkswirtschaft, die Fabrik, der Laden, der Ader — aus der Pumpwirtschaft herauskam, so mußten die Wünsche eines Standes, mußte das Agrarprogramm verbunden werden in nicht mehr zerstückelter Eintracht und — unter politischen Konsequenzen mit den Steuervorlagen. Die Mehrheit der Deutschnationalen Volkspartei, die gerade in der Landwirtschaft seit vielen Jahren die Wurzeln ihrer Kraft besitzt, hat dieser Lage Rechnung getragen. 31 Mitglieder dieser Partei stellten sich auf den Standpunkt, daß die heutige Not des Landwirts höher zu achten, drängender ist als die politische Not von übermorgen.

Diese 31 waren sich bewußt, daß sie Ja sagten, als ihr Führer Nein zu sagen sich entschloß. Aber jeder Abgeordnete war diesmal genötigt, sein eigenes Wissen und Gewissen zu befragen, war vor die Entscheidung gestellt, abstimmen zu sollen, nicht wie die Fraktion es ihm befiehlt, sondern wie sein höchstes und verantwortungsvolles Amt als Vertreter des Volkes es von ihm fordert. Auch er ist trotzdem nicht Herrscher des Morgen und — dieses Morgen wird entschieden werden vielleicht durch ein paar Monate. In der deutschen Erde wächst die Saat, die durch das Landmannes Arbeit gesät worden ist, und in vier Monaten, wenn die Ernte in die Scheuern gesammelt wird, soll sich zeigen, ob nicht bloß die Landwirtschaft, sondern darüber hinaus die gesamte deutsche Volkswirtschaft das Ja oder das Nein billigen wird.

Politische Rundschau Deutsches Reich

Luthers Mahnung.

Ein vom Reichsbankpräsidenten Luther an den Reichsfinanzminister Voltenhauer und abgeschrieben auch an den Reichsfinanzminister Brüning gerichteter Brief enthält einen erinnernden Hinweis auf den in den nächsten Tagen ablaufenden und von der Reichsbank garantierten Kredit in Höhe von 350 Millionen Mark, den die Großbanken im vorigen Jahr dem Reich gewährt haben, sowie die Frage, was der Reichsfinanzminister angesichts dieser Tatsache zu tun gedenke.

Der Württembergische Landtag verträgt.

Nach einer fünfwoöchigen Tagung, die hauptsächlich der Beratung des Staatshaushaltsplanes galt, der schließlich mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten angenommen wurde, ist der Württembergische Landtag auf unbestimmte Zeit verträgt worden.

Einberufung des Parteivorstandes der Deutschnationalen.

Wie verlautet, ist der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei zum 1. Mai einberufen worden.

Großbritannien.

Die 50 Abbrüstungskreuzer.

Voraussichtlich werden von den zwölf Kriegsschiffen des Programms von 1929, deren Bau von der Regierung gestrichen worden war, zwei in diesem Jahre in Bestellung gegeben werden, nämlich zwei Kreuzer. Gegenwärtig besitzt England 52 Kreuzer, von denen aber vier veraltet sind. England muß also zwei neue Kreuzer bauen, um die in dem geplanten Dreimächteabkommen vorgesehene Zahl von 50 Kreuzern zu erreichen.

Polen.

Vor einem neuen deutsch-polnischen Zollkrieg?

Im polnischen Ministerrat stand die letzte Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle durch die Reichsregierung zur Erörterung. In dem halbamtlichen Sitzungsbericht wird hierzu bemerkt, die deutschen Zollerhöhungen trafen besonders die polnische Ausfuhr. Das maßgebende Regierungsblatt „Gazeta Polska“ sieht in den Zollerhöhungen sogar schon die Ursache eines neuen Zollkrieges zwischen Deutschland und Polen und fährt dann wörtlich fort: „Diese Erhöhungen stehen in tristem Widerspruch zu den internationalen Tendenzen einer Stabilisierung und Erleichterung des Warenaustausches.“ In diesem Zusammenhang bringt das Blatt die Nachricht, daß der polnische Gesandte in Berlin bereits entsprechende Weisungen aus Warschau erhalten habe.

Aus In- und Ausland

Berlin. Der Reichsfinanzminister hat dem Vorsitzenden der Berliner Pressekonferenz, Major a. D. Schweiger, zur Vollendung des 80. Lebensjahres zugleich im Namen der Reichsregierung herzlichste Glückwünsche ausgesprochen.

Hannover. Der hannoversche Provinzialausschuß hat nach eingehender Beratung über die durch die preussische Regierung verfügte Dienstenthebung der drei Landräte Klein, von Hammerstein und Rothberg eine Entschliebung gefaßt, in der die Rückgängigmachung dieser Maßnahme verlangt wird.

Paris. Der Sachverständigenausschuß für das Saargebiet, der sich aus Vertretern der saarländischen Berufskreise gebildet, hatte eine eingehende Aussprache mit der deutschen Saardelegation über den Stand der deutsch-französischen Saarverhandlungen.

Agrarprogramm im Handelspolitischen Ausschuß angenommen.

Eine Rede Schiele's.

Im Handelspolitischen Ausschuß des Reichstages erklärte sich das Zentrum bereit, eine Entschliebung ein-

zubringen, die die Regierung ersucht, unverzüglich, wenn die Nichtzahl für die Ernährungskosten um eine gewisse Anzahl von Punkten gestiegen ist, die Herabsetzung derjenigen Zollsätze herbeizuführen, durch die die unerwünschte Verteuerung eingetreten ist.

Reichsernährungsminister Schiele

hielt den Befürchtungen, daß die geplanten Maßnahmen zu Lohnerhöhungen mit allen ihren wirtschaftlichen Folgen führen könnten, die Tatsache entgegen, daß die Nichtzahl für landwirtschaftliche Erzeugnisse von 144 Prozent im Jahre 1926 auf 110 Prozent gesunken sei, während in der gleichen Zeit die Nichtzahl der industriellen Fertigwaren von 142 Prozent auf 153 Prozent und die für Löhne der gelernten Arbeiter um 20 Prozent gestiegen sei. Der Minister wies darauf hin, daß jetzt die Weltweizenausfuhr 35 Millionen Tonnen betrage. Gegen diesen Wettbewerb habe die deutsche Landwirtschaft bisher

einfach nicht ankämpfen können.

Nur feste Gestaltung der Zölle werde uns in die Lage versetzen können, wirklich Einfluß auf die Preise zu erhalten. Handelspolitisch gesehen, müßten wir uns darauf einstellen, bei der Einfuhr diejenigen Länder zu bevorzugen, die uns die meisten Industrielerzeugnisse abnehmen. Zur Frage des Gefrierfleischkontingents den Genuß von Fleisch zu erschwern, der minderbemittelten Bevölkerung den bisherigen Fleischverbrauch zu ermöglichen, allerdings auf einem Wege, der auch den Bedürfnissen der Landwirtschaft gerecht werde.

In der Sitzung, die sich bis in die späten Nachstunden hinzog, wurde die Agrarvorlage der Regierung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Die Agrarpreise steigen.

Anziehen der Großhandelspreise.

Die auf den Stichtag des 9. April berechnete Großhandelsrichtzahl des Statistischen Reichsamtes hat sich mit 126,9 gegenüber der Vorwoche (126,6) um 0,2 Prozent erhöht. Von den Hauptgruppen ist die Richtzahl für Agrarstoffe um 1,0 Prozent auf 112,2 (111,1) gestiegen. Die Richtzahl für industrielle Rohstoffe und Halbwaren ist mit 125,4 (125,6) und diejenige für industrielle Fertigwaren mit 152,0 (152,1) leicht zurückgegangen.

Der Völkerbundrat wird wieder tagen.

Minderheitsfragen und Abrüstung.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat sämtlichen Mitgliedsstaaten die Tagesordnung für die am 12. Mai beginnende 51. ordentliche Ratstagung zugesandt. Auf dem Gebiete der Minderheitsfragen stehen zwei Beschwerden aus Oberschlesien auf der Tagesordnung.

Die Abrüstungsfrage wird in der Tagesordnung zunächst nur durch einen Antrag der englischen Regierung berührt, eine Sondertagung der Signatarstaaten des Abkommens über die Kontrolle des internationalen Waffenhandels einzuberufen.

Auf wirtschafts-politischem Gebiet liegen dem Völkerbundrat zunächst die Ergebnisse der Zollfriedenskonferenz, das Handelsabkommen und das Protokoll über die weiteren wirtschaftlichen Verständigungsverhandlungen vor.

Auf dem Gebiete der rechtspolitischen Fragen wird sich der Völkerbundrat mit der Inkraftsetzung der Abänderungen des Statuts des Internationalen Haager Gerichtshofes befassen, die seinerzeit von einer Sonderkonferenz vorgenommen wurden, um den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Haager Gerichtshof zu ermöglichen.

Besonderes Interesse bringt man der Frage entgegen, wie weit die Ergebnisse der Londoner Flottenkonferenz auf dem Gebiete der Sicherheitsfrage den Völkerbundrat bereits auf seiner nächsten Tagung beschäftigen werden.

Die deutsch-österreichische Wirtschaftsverständigung.

Der Handelsvertrag abgeschlossen.

Die deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen, die seit einigen Wochen in Berlin stattgefunden haben, sind zum Abschluß gelangt.

Gleichzeitig mit dem Handelsvertrag sind ein Vertrag über die Rechtshilfe in Zollsachen sowie ein Abkommen über den kleinen Grenzverkehr unterzeichnet worden.

Der Streit um die Schulferien.

Wann und wie lange sollen Ferien sein?

Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes hat sich mit der Schuljahrs- und Ferienordnung beschäftigt und hierzu gefordert, daß der Beginn des Schuljahres für sämtliche Schulen einheitlich sein muß und daß die Gesamtdauer der Ferien an allen Schulen des Reiches gleich lang sein muß. Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes kann zwingende Gründe für eine Verlegung des Schuljahresbeginns auf die Zeit nach den Sommerferien nicht anerkennen. Vom Standpunkt der Gemeinden aus ist die Verbeibehaltung des gegenwärtigen Zustandes erwünscht, da es im Interesse der Übersichtlichkeit und Vereinfachung der Verwaltung liegt, wenn Rechnungsjahr und Schuljahr sich decken. Mit Rücksicht auf die Veränderlichkeit der Lage des Osterfestes wird jedoch empfohlen, den Beginn des Schuljahres auf den 1. April festzusetzen. Die bisher festgesetzte Gesamtdauer der Ferien (85 Tage) wird als ausreichend und angemessen angesehen. Gegen eine Verlängerung der Sommerferien über sechs Wochen hinaus unter gleichzeitiger Verkürzung der übrigen Ferien bestehen aus erzieherischen, gesundheitlichen und jugendpsychologischen Erwägungen sowohl wie aus wirtschaftlichen Rücksichten die schwerwiegendsten Bedenken. Eine Gleichlegung der Sommerferien für alle Schulen ist weder für alle Gebiete des Reiches noch für alle Gebiete Preußens möglich und erwünscht.

Der Monopolpreis für Mais.

Der Verwaltungsrat der Reichsmaisstelle hat bestimmt, daß die seit 1919 festgelegte Preisgrundlage für Monopolmais auch für die Zeit vom 14. bis 29. April d. J. zu gelten hat. Grundsätzlich beträgt der Verkaufspreis danach für Futter- und Industriemais 180 Mark für eine Tonne. Während bisher aber dieser Preis unterschiedslos für Mais ganz verschiedener Beschaffenheit genommen wurde, wird jetzt auf die natürlichen Wert- und Preisunterschiede Rücksicht genommen, d. h. bei dem unverändert gebliebenen Preis von 180 Mark

für eine Tonne Donaumais (außer dem besonders teuren Cinquintino) müssen für anderen Mais 195 Mark für eine Tonne bezahlt werden.

„Graf Zeppelin“ erste Frühlingssahrt.

Und die zweite folgt sogleich.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist nach neunstündiger Fahrt in die Schweiz in Friedrichshafen glatt gelandet. Bei herrlichem Wetter kreuzte es vor der Landung noch längere Zeit über der Stadt. Die Fahrt hatte über St. Gallen, Zürich, Lausanne, Bern, Interlaken in das Jungfrauengebiet geführt. Bei der Rückfahrt wurde Basel bei teilweise schlechter Sicht überflogen. Die nächste Fahrt wird nach Spanien führen, wo in Sevilla eine Landung vorgenommen wird. Der Start wird wahrscheinlich am Montag in den Nachmittagsstunden erfolgen. Etwa am Gründonnerstag oder Karfreitag wird „Graf Zeppelin“ wieder nach Friedrichshafen zurückkehren.

Eigenartige „Rebellen“.

Was die Mannschaft der „Falle“ erlebte.

In dem Prozeß gegen Reeder und Kapitän des Dampfers „Falle“ bekundete der dritte Maschinist des „Falle“, Josenbrück, der Kapitän habe ihm gesagt, es würden Kohlen geladen. Erst auf See, in der Nähe der Halbinsel Hela, habe er von der Munitionsladung erfahren. Er bekundete, daß die Fallemannschaft ständig unter Bewachung der Venezolaner gestanden hätte. Auf Befragen bestritt der Zeuge ganz entschieden, daß die Bewachung nur deshalb gewesen wäre, weil die Besatzung

die Wein- und Biervorräte

zu stark in Anspruch nahm. Der nächste Zeuge war der Bootsmann Gies. Er will in Hamburg für eine Filmexpedition mit dem Dampfer „Falle“ angemustert haben. Als er die Art der Ladung erkannte, wollte er abmustern. Da nachher doppelte Feuer und 500 Mark versprochen wurden, blieb er an Bord.

Der als Zeuge vernommene Steward Balenczal bekundete, daß er mit Kapitän Zippitt wegen des Befehls, an der Landung bei Cumana teilzunehmen, Streit bekam. Am 11. August 4 Uhr morgens begann man dort mit dem Ausbooten der Rebellen.

Balenczal sollte das Maschinengewehr nehmen, weigerte sich jedoch. Er wurde dann von einem der Rebellenoffiziere ins Boot gestoßen und zum Misfahnen gezwungen. Gleich nach der Landung erhielten sie Feuer, und auch Balenczal bestätigte, daß der Gado die Deutschen zum Vorgehen gezwungen hat. Der Zeuge bestätigt, daß der erste Offizier Kölling bei der Abfahrt von Cumana den Kapitän vom Steuer wegstoß und das Schiff führte. Die gesamte Besatzung soll über Zippitt aufs höchste erbittert gewesen sein.

Auf eine Frage der Verteidigung bemerkt der Zeuge: Gezwungen wurde man zu nichts, aber wenn man etwas tat,

gab es gutes Trinkgeld,

Zippitt allerdings erteilte Befehle in drohendem Ton.

Darauf wurde die Verhandlung vertagt.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 14. April 1930.

Ohne Umschlag veränderte gedruckte einfache Osterkarten, die hinsichtlich der Größe, Form und Papierstärke den Bestimmungen für Postkarten entsprechen müssen, kosten sowohl im Ortsbereich des Aufgaborts als auch im Fernverkehr 3 Pf. Es dürfen in diesen Karten außer den sogenannten Absenderangaben (Absendungsname, Name, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Absenders) noch weitere fünf Wörter, die mit dem gedruckten Wortlaut im Zusammenhang stehen müssen, handschriftlich hinzugefügt werden. Als solche zulässige Nachtragungen gelten z. B. die üblichen Zusätze „sendet“, „Ihre“, „Dein Freund“, „sendet Dir“, „sendet mit besten Grüßen Ihre“ usw. Werden solche Karten im offenen Umschlag versandt, so kosten sie sowohl im Ortsbereich des Aufgaborts als auch nach außerhalb 5 Pf.

* **Ortsiedlungssprechtag.** In den nächsten Wochen finden die Sprechtag des Westdeutschen Siedlerverbandes, der sich die Unterstützung der existenzlosen Bauernöhne bei der Beschaffung einer eigenen Bauern- oder Handwerkerstelle im Osten zum Ziele gesetzt hat, des Sonntags im Vereinslokal, Hanjohof Münster i. W., Völkergasse 5 statt. Die Sprechtag am Montag, Dienstag und Mittwoch werden im laufenden Monat in der Geschäftsstelle, Münster i. W., Hegelstraße Nr. 60 abgehalten (Tel. 22391). Die Sonntagsprechtag finden vorläufig jeden Sonntag in Verbindung mit zwanglosen Zusammenkünften, wie oben angegeben, im Vereinslokal statt. Anfragen (Rückporto beifügen) sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Halver

—& Am Samstagabend hielt die hiesige Freiwillige Feuerwehr in ihrem Vereinslokal, Hotel zur Post, ihre diesjährige Jahres-Hauptversammlung ab, die leider nur schwach besucht war. Nach der Eröffnung derselben gegen 9 Uhr durch den ersten Brandmeister August Brückmann gab derselbe seinem Bedauern über die scharfe Beteiligung Ausdruck. Nachdem von demselben alsdann erstatteten Jahresberichte haben in dem abgelaufenen Vereinsjahre 6 Vorstands- und Kommandositzungen und 2 Hauptversammlungen stattgefunden. Zur Ausbildung der Wehr wurden 6 Übungen abgehalten, einschließlich der unter der Aufsicht des Bürgermeisters. Einmal wurde die Wehr im Ernstfalle zur Tätigkeit gerufen, nämlich bei dem Brande eines Nebengebäudes des Wilhelm Schürfeld zu Gelsenberg. In dem abgelaufenen Jahre erhielten 2 Jubilare der Wehr Auszeichnungen, nämlich Carl Kind für 40jährige und Paul Wehrens für 25jährige treue Mitgliedschaft. Wie in früheren Jahren beschränkte sich die Wehr auch im abgelaufenen Jahre auf die Abhaltung nur einer Festlichkeit, nämlich eines Winterfestes. In Verbindung fand eine Versammlung der Brandmeister des Kreisverbandes statt, an der sich auch der erste Brandmeister der hiesigen Wehr August Brückmann beteiligte. Der Wehr sind im Laufe des Jahres 5 neue Mitglieder beigetreten, sodaß sie nunmehr 52 aktive Mitglieder zählt; außerdem besitzt sie eine eigene Musikkapelle. Die hiesige Wehr beteiligte sich in dem verflochtenen Vereinsjahre an der Jubelfeier der benachbarten Feuerwehr zu Brügge. Nunmehr erstattete der Kassierer Hans Fastenrath den Kassenbericht. Der Kasse liegen durch die Anschaffung eines Motor-Mannschaftswagens schwere Verpflichtungen ob, so mußte sie in dem abgelaufenen Jahre 800 M. dafür ausbringen. Nachdem die gelegte Rechnung durch die dazu gewählten Revisoren, die Kameraden Fritz Crummenerl, Wilhelm Vogt und Vurbach geprüft und in allen Teilen stimmend gefunden war, wurde dem Kassierer unter dem Ausdruck des Dankes für die korrekte Kassenführung Entlastung erteilt. Die auscheidenden Kommando-, bzw. Vorstandsmitglieder, nämlich 1. Steigerführer Hugo Karthaus, 1. Spritzenzugführer Bezirkschornsteinfegermeister Kreuz und Schrift-

